

Postulat Fraktion GLP/JGLP (Marianne Schild, GLP): Chancen und Risiken gesenkter oder erhöhter Unternehmenssteuern

Der Grosse Rat hat am 9. März 2020 das revidierte Steuergesetz beschlossen. Das Gesetz gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2020. Artikel 250 Absatz 3 lautet neu: «Die Gemeinde setzt die Steueranlage zusammen mit dem Beschluss über das Budget jährlich fest. Die Steueranlage ist für alle betroffenen Steuern gleich. Für die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen kann eine um höchstens 20 Prozent abweichende Steueranlage beschlossen werden»

Das heisst, seit dem 1. Januar 2020 ist es prinzipiell möglich abweichende Steueranlagen für die natürlichen und juristischen Personen festzulegen. In der Stadt Bern wurde bisher von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht. Sowohl die Senkung als auch die Erhöhung der Unternehmenssteuern bergen Risiken aber auch Chancen für die Stadt Berner Volkswirtschaft. Die Auswirkungen von geänderten Steueranlagen können sehr vielfältig sein. Veränderte Steueranlagen können zur Ansiedlung und zum Wegzug von Firmen in der Stadt Bern führen. Sie können je nach volkswirtschaftlichen Voraussetzungen zu einem höheren oder tieferen Steuersubstrat der juristischen und der natürlichen Personen führen. Oder sie können zu einer Erhöhung und zu einer Senkung der Bevölkerungszahl in der Stadt führen, was wiederum weitreichende volkswirtschaftliche Konsequenzen z.B. auf den städtischen Wohnraum, das Schulwesen, etc. haben kann. Ohne eine vertiefte Analyse ist es vollkommen unklar, welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen eine Anpassung der Steueranlage der juristischen Personen für die Stadt Bern hätte.

Der Gemeinderat wird aufgefordert folgende Fragen vertieft zu prüfen, um eine fachliche Grundlage für die politische Entscheidungsfindung zur allfälligen Anpassung der Steueranlage juristischer Personen zu schaffen:

1. Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen hätte eine Erhöhung der Steueranlage für juristische Personen um 20 Prozent für die Stadt Bern unter Berücksichtigung aller Faktoren?
2. Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen hätte eine Senkung der Steueranlage für juristische Personen um 20 Prozent für die Stadt Bern unter Berücksichtigung aller Faktoren?
3. Welche volkswirtschaftlichen Chancen und Risiken birgt eine unterschiedliche Steueranlage für juristische und natürliche Personen grundsätzlich für die Stadt Bern?

Bern, 20. August 2020

Erstunterzeichnende: Marianne Schild

Mitunterzeichnende: Maurice Lindgren, Gabriela Blatter, Irène Jordi, Remo Sägesser, Michael Hoekstra, Simon Rihs, Michael Ruefer